

Anderen. Die einzig angemessene Bezeichnung der Subjektivität ist darum nicht der Name, sondern das Pronomen, nicht das Pronomen „ich“, sondern der Akkusativ „sich“. Dieses „sich“, das menschliche Subjekt, hat seine Bedeutung nicht als „animal rationale“, sondern als „in-sectum“; es ist in seiner Mitte gleichsam eingekerbt, eingeschnitten durch das Gewicht des Anderen.

Der Name dieses ursprünglichen oder vor-ursprünglichen Einschnitts im Ich ist *Verantwortung*. Daß sie „nicht zur Wahl steht, kann nur einer abwegigen oder flüchtigen und unvorsichtigen Reflexion als Gewalt gelten, geht sie doch dem Paar Freiheit-Unfreiheit voraus; dadurch aber führt sie eine Berufung ein, die über das begrenzte – und egoistische – Schicksal desjenigen hinausgeht, der nur für sich ist und der sich heraushalten will aus der Schuld und dem Unheil, die nicht in seiner Freiheit oder in seiner Gegenwart beginnen“ (JS, 257).

Das Subjekt verliert seinen Schutzmantel, der Betonpanzer seiner selbstgewissen Identität zerbröseln. Zugleich wächst ihm, in solch maß-loser Beanspruchung, unvergleichliche Bedeutung zu. „Über die eigene Freiheit hinaus verantwortlich zu sein heißt gewiß nicht, ein bloßes Resultat der Welt zu bleiben. *Das Universum tragen – erdrückender Auftrag, aber göttliche Mühsal*“ (JS, 272).

Diese dem Subjekt im Wortsinn auferlegte *imitatio Dei* ver-

bindet Lévinas mit weiteren Motiven, der Vorstellung der Lurianischen Kabbala vom Rückzug Gottes, der der Schöpfung Raum gibt, der Überzeugung von einer messianischen Beauftragung aller Menschen in ihrem Ich-Sein und dem Motiv einer Kenosis Gottes. Sie bedeuten ein – göttliches – Beanspruchtsein des Subjekts, Ebenbild Gottes, in äußerster messianischer Wachsamkeit, ja messianischer Beauftragung und Erwählung, und kenotischem Leben. An anderer Stelle fragt Lévinas: „Kann man die Frage nach der Göttlichkeit des Ein-Gottes so stellen, wie man die Frage nach der Menschlichkeit des Menschen stellt? Hat dieses Ein/dieser Eine eine Gattung?“ (JS, 218, Fußnote 36).

Emmanuel Lévinas ist ein kompromißloser Ankläger des Subjekts in dessen Komplizenschaft mit Gewalt und Herrschaft, mit der blinden Gewalt der Selbsterhaltung und Selbstverschließung, mit dem „sein“, mit der totalitären Macht des Staates, des Systems. Er hat weder das moderne noch ein postmodernes „Ende des Subjekts“ beklagt; dem „Antihumanismus“ gibt Lévinas recht über die von diesem angeführten Gründe hinaus. Lévinas ist so in jeder Zeile seines Werkes beredter Apologet des Subjekts, dessen Rede er unterbricht und das er so schwer belastet. Warum? In einem knappen, konzentrierten Artikel über das Judentum spricht Lévinas vom „extremen Humanismus Gottes“: Das Ich kann nicht vertreten werden.

Susanne Sandherr

Der islamistische Faktor

Politik und Religion in der Türkei

Seit der Staatsgründung auf den Trümmern des Osmanischen Reiches sind in der Türkischen Republik Staat und Religion getrennt. Aber auch in der Türkei ist der Islam ein politischer Faktor, dessen Gewicht aus verschiedenen Gründen zugenommen hat. Seit den jüngsten Wahlen ist die islamistische Refah-Partei stärkste Kraft im Parlament. Der Berliner Islamwissenschaftler Peter Heine beschreibt für uns die aktuelle Entwicklung und ihre Hintergründe.

„Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Bomben explodieren oder Menschen aus politischen Gründen verletzt oder getötet werden“, meinte neulich ein Fernsehberichterstatter in seiner auf eine Minute und dreißig Sekunden begrenzten Analyse der Situation der Türkischen Republik nach den Parlamentswahlen vom Dezember 1995. Wer da aber gegen wen vorgeht, läßt sich kaum in einem ausführlichen Text beschreiben oder gar analysieren. Seit einiger Zeit haben die gewaltförmigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen politischen, religiösen, ethnischen und sozialen Gruppierungen aus dem Osten der Türkei auch nach Westen und in die großen Städte Ankara und Istanbul übergreifen. Als Beleg für diese Tatsache und die Vielschichtigkeit der Situation sei auf die Unruhen unter den im Istanbuler Stadtteil

Gaziosmanpasha lebenden Alewiten vom März und April des vergangenen Jahres hingewiesen.

Zunächst hatten die westlichen Medien diese Konflikte einer religiösen Minderheit mit der Staatsmacht als Reaktionen einer aufgeklärten, modernen und liberalen Religionsgruppe auf den wachsenden islamischen Fundamentalismus in Istanbul und in der Türkei insgesamt beschrieben. Bei den *Alewiten*, die hier involviert waren, handelt es sich um eine in der Türkei beheimatete Religionsgemeinschaft, die von einer Expertin einmal als „für das Quellgebiet von Euphrat und Tigris typischer Synkretismus“ bezeichnet wurde. Etwa ein Drittel der kurdischen Bevölkerung bekennt sich zum Alewitentum. Da die soziale Stellung der Frauen unter Alewiten offensichtlich stärker ist als bei den sunnitischen Türken und

Kurden, wird diese Gemeinschaft als aufgeschlossen und modern betrachtet. Auch die Tatsache, daß eine Anzahl von Führern und Mitgliedern linksradikaler Gruppierungen in der Türkei von ihrer Herkunft her mit den Alewiten in Verbindung gebracht werden, hat manche Beobachter zu dem Schluß gebracht, daß es sich um eine im westlichen Sinne moderne Gemeinschaft handelt.

Bis in das 17. Jahrhundert reicht die Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen der sunnitischen Orthodoxie in Verbindung mit der türkisch-osmanischen Zentralmacht und den Alewiten zurück. Auch in der Türkischen Republik gab es immer wieder schwere Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Alewiten, die von der türkischen Öffentlichkeit aber in den seltensten Fällen als interreligiöse Konflikte angesehen wurden. Statt dessen sprach man von Spannungen, die auf Brautraub oder Streitigkeiten um Weidegebiete zurückzuführen seien. Bei den Auseinandersetzungen im März 1995 richteten sich die Manifestationen der Alewiten von Istanbul nicht gegen Sunniten, sondern gegen Polizeistationen als Symbole der Staatsmacht. Bald las man auch Graffiti an den Mauern Istanbuls, die darauf hinwiesen, die Unruhen seien nicht Kämpfe zwischen Alewiten und Sunniten, sondern es gehe um Arbeit, Brot und Freiheit. Dies mag als schlichte Klassenkampfparole interpretiert werden, zeigt jedoch, welche Probleme angesichts einer Inflation von 150 Prozent der Türkei vor allem auf den Nägeln brennen.

Europäisches Interesse an der türkischen Mittlerfunktion

Größere Aufmerksamkeit als die Alewitendemonstrationen haben bei westlichen Beobachtern die schon Jahrzehnte andauernden Spannungen zwischen dem von türkischen Nationalisten getragenen Zentralstaat und der ethnischen Minderheit der *Kurden* gefunden. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung der Türkischen Republik nimmt für sich eine kurdische Identität in Anspruch. Kurden leben in beträchtlicher Zahl auch in den türkischen Nachbarstaaten Irak, Iran, Syrien, Libanon und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjet-Union. Gemeinsames erklärtes Ziel aller Kurden war seit dem Ende des Ersten Weltkriegs die Errichtung eines kurdischen Nationalstaates. Dies wurde zunächst von den alliierten Siegermächten des Weltkriegs und später von den genannten Staaten nicht zugelassen. Allerdings herrschte auch zwischen den zahllosen verschiedenen kurdischen Gruppen, Stämmen, Parteien und Fraktionen keine Einigkeit über die Methoden, mit denen man die nationale Einheit erreichen wollte. Man stritt sich auch um die Form des angestrebten kurdischen Staates und trug schließlich die Frage der Vorherrschaft von Familien und Clans in militärischen Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Zentralstaaten mit Waffengewalt aus, was auch heute noch üblich ist.

Bisher war nur etwas über die Zukunftsvisionen der kurdischen Führer bekannt. Im August 1995 wurde in der Türkei

zum ersten Mal eine *demoskopische Untersuchung* veröffentlicht, in der die Meinung einer großen Mehrheit der kurdischen Bevölkerung in der Türkei erfragt worden war. Zentrale Frage für die türkischen Kurden bleibt die der Anerkennung ihrer nationalen Identität. Dies muß aber nicht bedeuten, daß sie ein unabhängiges Kurdistan anstreben. Diesen Wunsch äußerte nur eine kleine Minderheit. Der Mehrheit ging es vor allem um eine Lösung des kurdischen Problems und damit um ein Ende von Verfolgung, Folter und Unterdrückung. 36 Prozent konnten sich eine türkisch-kurdische Föderation vorstellen, 17 Prozent dachten lediglich an Verwaltungsreformen auf der lokalen Ebene und nur 11 Prozent wollten Autonomie. Wie sich all das in der Realität darstellen sollte, darüber gab es allerdings nur sehr unklare Vorstellungen. Die von *Dogu Ergil*, einem der angesehensten und international renommiertesten türkischen Politikwissenschaftler, durchgeführte Studie wurde in gleicher Weise und fast gleichlautend von türkischen und kurdischen Nationalisten abgelehnt, ein Zeichen dafür, daß diese Ergebnisse für beide Gruppen sehr schmerzlich waren, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Die türkischen Nationalisten leugnen schlicht die Existenz eines kurdischen Volkes und sprechen von „Bergtürken“. Die kurdischen Nationalisten konnten mit dem geringen Interesse der Befragten an einem unabhängigen kurdischen Staat nicht einverstanden sein. Von einer Mehrheit der türkischen Öffentlichkeit wurde der Bericht jedoch akzeptiert. Inzwischen sind auch andere Umfragen veröffentlicht worden, die zu ähnlichen Resultaten kommen. Von Bedeutung erscheint in diesem Zusammenhang, daß das staatliche Meinungsmonopol im Zusammenhang mit den Kurdenproblemen aufgebrochen worden ist: Das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung konnte sich allen Pressionen zum Trotz durchsetzen. Wann und in welcher Form diese Ergebnisse in die praktische Politik einfließen, wird die Zeit weisen. Eine Lösung des Kurdenproblems wird zwar nicht von einem Tag auf den anderen kommen, aber sie wird schon aus außen- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Die institutionelle Annäherung der Türkei an die Europäische Union spielt hier eine entscheidende Rolle. Die Bemühungen um eine Vereinbarung bezüglich einer *Zollunion* zwischen der EU und der Türkei wurden immer wieder behindert durch Kritik an der türkischen Politik gegenüber den Kurden. Da der türkischen Seite viel daran liegen muß, die wirtschaftlichen Kontakte zu den Ländern der Europäischen Union als den wichtigsten Handelspartnern auszubauen, war hier ein Entgegenkommen gegenüber den europäischen Vorstellungen zu erwarten. Gleichzeitig besteht aber auch ein dringendes europäisches Interesse an der Türkei als einem Land, das vor allem eine Brückenposition gegenüber den verschiedenen Ländern in der Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens einnimmt. Es ist wichtig für die europäischen Staaten, ein Ausufern dieser Krisenherde auf die nördlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers unbedingt zu vermeiden.

Daneben haben sich durch die Auflösung der Sowjet-Union in Zentralasien neue politische Konstellationen ergeben. Die aktuellen Konflikte zwischen Armenien und Aserbaidschan, um Tschetschenien oder in Georgien erweitern die nahöstliche Krisenregion nach Nordosten. Da es sich bei diesen Staaten in der Mehrzahl um solche mit einer turksprachigen Bevölkerung handelt, zu denen die Türkische Republik schon seit Jahrzehnten enge Beziehungen unterhält, liegt auch hier ein europäisches Interesse an der türkischen Mittlerfunktion offen zutage. Durch die geostrategischen Veränderungen der letzten Jahre ist die Türkei mehr und mehr in eine zentrale politische Rolle gerückt, die von den europäischen Staaten nicht ignoriert werden kann.

Daß es inzwischen zum Abschluß eines Zollabkommens zwischen der Türkei und der Europäischen Union gekommen ist, resultiert aus einer realistischen Einschätzung der gegenseitigen Interessen: Der Türkei muß es um die Anbindung an das europäische Wirtschaftssystem gehen; daher war sie zu Zugeständnissen im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik bereit. Den europäischen Staaten lag an einer Einbindung der Türkei, da sie eine Vermittlungsposition zu großen, für die EU bedeutsamen Regionen einnimmt. Deshalb bestand die europäische Seite nicht auf allen Forderungen, die man ursprünglich zu Vorbedingungen für den Vertragsabschluß gemacht hatte.

Die damalige türkische Ministerpräsidentin *Tansu Çiller* verwendete jedoch noch ein anderes Argument während ihrer

Goodwill-Reise durch europäische Hauptstädte vor der Abstimmung über das Zollabkommen im Europäischen Parlament. Frau Çiller wies in ihren Gesprächen darauf hin, im Fall einer Ablehnung der Vereinbarung bestehe die Gefahr, daß bei der für Dezember 1995 in Aussicht gestellten Parlamentswahl in der Türkei eine „fundamentalistische“ Partei die Oberhand gewinnen würde. Angesichts der geradezu reflexhaften Furcht europäischer Politiker vor einem islamischen Fundamentalismus kann es nicht verwundern, daß Frau Çiller mit diesem Hinweis eine Mehrheit für die Zollunion im Europäischen Parlament erreichen konnte. Sie konnte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß bei den türkischen Regional- und Lokalwahlen des Jahres 1993 islamistische Parteien in den großen Städten deutliche Zugewinne verzeichnen konnten.

Islamistische Gewinne als Folge sozialer Veränderungen

Wahlbeobachter hatten diese Gewinne vor allem auf die *demographischen Veränderungen* zurückgeführt. Im vergangenen Jahrzehnt hat in der Türkei eine ungeheure Landflucht stattgefunden, die durch Bestimmungen der türkischen Baugesetzgebung erleichtert wurde. Nach diesen Vorschriften kann ein Haus, das über die notwendigsten Einrichtungen verfügt, selbst dann nicht abgerissen werden, wenn eine Baugenehmigung weder erteilt noch überhaupt beantragt worden ist. Auf dieser Grundlage entstanden riesige Slumvororte der großen türkischen Städte, die die einströmende ländliche Bevölkerung aufnahmen. Diese Personengruppe war sehr viel stärker von traditionellen und islamischen Vorstellungen geprägt als die durch eine jahrelange kemalistische Indoktrination mehr und mehr säkularisierte städtische Bevölkerung. Die teilweise unbeschreiblichen sozialen, wirtschaftlichen und hygienischen Zustände in diesen Slumgebieten überforderten die administrativen Einrichtungen der Städte; mit dem Bevölkerungswachstum durch die Landflüchtlinge konnten die geplanten und realisierten Infrastrukturmaßnahmen nicht schritthalten. Der städtische Arbeitsmarkt verschlechterte sich durch die Zuwanderer erheblich und beeinflusste auch die Situation der länger ansässigen Bevölkerung in negativer Weise.

Die internationale Presse vermeldete von den neuen, unter der Ägide islamistischer Parteien stehenden Stadtverwaltungen vor allem Skurriles. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Bürgermeister, die von islamistischen Parteien gestellt wurden, häufig bessere Administratoren waren als ihre Vorgänger aus den säkularen Parteien. Ihre Verwaltungen arbeiteten hart und diszipliniert. Vor allem aber vermieden sie parteipolitisches Gezänk, wie es zwischen den linken und rechten Parteien der Türkei üblich ist. Bei diesen Auseinandersetzungen mögen manche türkischen Beobachter den Eindruck gehabt haben, daß es den Parteien in keiner Weise um die Interessen des Landes ging. Auf diesem Hintergrund

Bistum Mainz

BISTUM MAINZ

Im Seelsorgeamt – Abteilung Gemeindegeseelsorge – des Bischöflichen Ordinariates Mainz ist baldmöglichst die Stelle des/der

Leiters/Leiterin des Referates Liturgie

neu zu besetzen.

Zu den Aufgaben gehören:

- Erarbeitung pastoral-liturgischer Hilfen für die Praxis in den Gemeinden
- Fortbildung der hauptamtlichen pastoralen Mitarbeiter/innen
- Aus- und Weiterbildung der liturgischen Dienste der Gemeinde
- Mitarbeit und Geschäftsführung der Liturgischen Kommission des Bistums Mainz
- Kooperation mit den Dezernaten des BO
- Kooperation mit dem Institut für Kirchenmusik des Bistums Mainz

Erwartet wird von Bewerberinnen und Bewerbern ein Hochschulabschluß in Kath. Theologie. Erwünscht ist eine zusätzliche Qualifikation in Liturgiewissenschaften sowie Praxiserfahrung.

Die Bewerbung ist offen für:

Priester, Diakone, Pastoralreferentinnen/Pastoralreferenten, sowie Interessentinnen und Interessenten, die die obengenannte Qualifikation erfüllen.

Die Bewerbungsunterlagen sind bis zum **31. 3. 1996** einzureichen an das

Bischöfliche Ordinariat

– Personaldezernat –
Postfach 1560, 55005 Mainz

Auskünfte erteilen:

Domkapitular Heckwolf, BO Mainz (0 61 31/2 53-236) und
Ordinariatsrat Smykalla, BO Mainz (0 61 31/2 53-242).

konnten die islamistischen Gruppierungen auch die Sympathie von Wählern gewinnen, die mit deren rigorosen Parteiprogrammen nicht viel verbindet.

Die innenpolitischen Vorgeplänkel zu den türkischen Parlamentswahlen vom letzten Dezember machten die politische Situation im Lande noch unübersichtlicher, als sie ohnehin schon ist. Die Parteien der Regierungskoalition versuchten, ein Wahlgesetz durchzusetzen, das ihnen erhebliche Vorteile verschafft hätte. Dieses Gesetz wurde vom Obersten Gerichtshof aufgehoben, wobei dessen Entscheidung wiederum nicht endgültig war. Einen Monat vor der Wahl war deshalb noch nicht klar, nach welchen Regeln der Urnengang stattfinden sollte. Darüber hinaus begann kurz vor der Wahl ein lebhafter Parteienwechsel von Abgeordneten und Kandidaten, ohne Rücksicht auf frühere oder zukünftige Parteiprogramme oder Ideologien. Einer der Koalitionspartner in der bisherigen Regierung verlor so von seinen 65 Abgeordneten immerhin 23. Auch aus diesem eher unappetitlichen Finasieren hielten sich die islamistischen Parteien weitgehend heraus. Daher war für sie die Ausgangsposition bei der Wahl recht vielversprechend; ihre Gewinne konnten eigentlich keinen aufmerksamen Beobachter der politischen Szene in der Türkei überraschen.

Die wichtigste und einflußreichste islamistische Partei in der Türkei ist die Refah-Partei des Ingenieurs *Erbakan*. Lange Zeit hatte das politische Establishment in Ankara nicht mehr als ein spöttisches Lächeln für den 69jährigen Führer dieser Partei übrig. Er erschien ihnen in seiner Rhetorik zu altertümelnd. Die Ideologie der Refah-Partei ist eine erstaunliche Mischung aus Islam, Sozialismus und Ideen der freien Marktwirtschaft. Wundern kann man sich über dieses Konglomerat von Slogans und politischen Forderungen jedoch nur, wenn man außer acht läßt, daß der Islam als religiöses System in seinen autoritativen Schriften die Solidarität der Gläubigen mit Armen, Bedürftigen und Kranken einerseits fordert, andererseits aber auch Privatbesitz und den freien Markt erlaubt, war doch der Prophet Muhammad vor seiner Berufung selbst ein erfolgreicher Kaufmann. Der Prophet gilt für jeden Muslim als Vorbild für seine gesamte Lebensführung, auch im wirtschaftlichen Bereich.

Orientierung am alten Konzept des osmanischen Nationalismus

Die türkischen Medien haben die Refah-Partei häufig als islamistisch oder fundamentalistisch bezeichnet. Sprecher der Partei nutzen häufig eine Rhetorik, die diesen Vorwürfen entgegenkommt. Im Vergleich zu arabischen oder iranischen politischen Strömungen, die als islamisch-fundamentalistisch bezeichnet werden, hat die Refah-Partei jedoch ein stark *nationalistisches* Moment, das sich an dem alten Konzept des „Osmanismus“ orientiert. In der Zeit des späten osmanischen Vielvölkerstaates, in dem neben Türken auch Araber, Kurden, Griechen, Armenier und unterschiedliche slawische

Gruppen und Nationen lebten, hatte man sich bemüht, eine Art von osmanischem Nationalismus zu entwickeln, in dem sich die verschiedenen ethnischen, religiösen und nationalen Gruppierungen im Reich des Sultans wiederfinden und mit dem sie sich identifizieren konnten. Nach diesem Konzept sollten alle Nationen und Religionen innerhalb des Osmanischen Reiches die gleichen Rechte haben, die osmanisch-türkische Vorherrschaft jedoch weiter bestehen bleiben. Aus einer Vielzahl von Gründen ist dieses Konzept gescheitert.

Die Refah-Partei versucht jetzt, diese alten Vorstellungen wieder aufzunehmen, wobei sie die Realitäten des Osmanischen Reiches allerdings in jeder Hinsicht verklärt. Das Konzept hat geostrategische, aber auch wirtschaftliche Komponenten: Es hängt eng mit den Afrasien-Vorstellungen einiger afrikanischer und asiatischer Politologen zusammen, die eine enge Zusammenarbeit zwischen afrikanischen und asiatischen Staaten fordern. Für die Türkei würde die Realisierung solcher Vorstellungen eine Abwendung von Europa bedeuten. Dies wurde von der Refah-Partei auch propagiert. Zu den Unterstützern der Partei gehören jedoch auch einflußreiche Handels- und andere Wirtschaftskreise, denen bewußt ist, daß eine derartige Politik ihren Interessen erheblichen Schaden zufügen könnte. Schon zum Ende des Wahlkampfes änderte sich daher die Haltung der Parteiführung hin zu einer europafreundlicheren Position. In religiöser Hinsicht vertritt die Refah-Partei die Forderung, das islamische Recht in der Türkei in seiner Gesamtheit wieder einzuführen. Scharf wendet sie sich gegen die politischen Bewegungen, die von religiösen Minderheiten wie den Alewiten ausgehen.

Die Wahlprogramme aller türkischen Parteien, auch die der Refah-Partei, strotzen von einer *realitätsfernen Rhetorik*. Die Entscheidung der türkischen Wähler hing deshalb auch nicht von den verschiedenen Parteiprogrammen ab. Analysen haben festgestellt, daß die Zahl der Wechselwähler sehr hoch war. So haben zahlreiche Sympathisanten der linken und sozialdemokratischen türkischen Parteien diesmal die Refah-Partei gewählt. Große Erfolge konnte die Partei auch im Südosten des Landes verzeichnen, in dem der kurdische Bevölkerungsanteil besonders hoch ist. Auch von der Sympathie weiblicher Wähler konnte die Partei profitieren. Der Frauenanteil unter ihren Mitgliedern ist höher als der in anderen türkischen Parteien; dennoch gab es keine Kandidatinnen der Partei bei den Wahlen. Ihrer Anziehungskraft für die Wählerinnen hat das offenbar nicht geschadet. Die Refah-Partei erhielt bei der Wahl im Dezember 1995 mehr als 20 Prozent der abgegebenen Stimmen und wurde damit stärkste Kraft im türkischen Parlament.

In der gegenwärtigen Situation ist kaum vorzusehen, wie sich die Regierungsbildung in Ankara entwickeln wird. Es gehört jedoch keine große Prophetengabe dazu, vorauszusagen, daß die Refah-Partei nicht an der Regierung beteiligt wird. Sollte es nach einiger Zeit zu Neuwahlen kommen, könnte die Refah-Partei zu einer bestimmenden Kraft in der Türkei werden. Wenn man die Reaktionen des türkischen

Militärs auf politische Veränderungen in früheren Jahren in Rechnung stellt, ist eine Rückkehr der Generäle in die Politik, wie sie in den siebziger Jahren zu verzeichnen war, nicht ausgeschlossen. Manche Szenarios gehen davon aus, daß

dann schwere innenpolitische Auseinandersetzungen zu befürchten sind. Diese könnten sich nach algerischem Vorbild auch auf die Auslandstürken, vor allem in Deutschland, auswirken.

Peter Heine

Fehlende demokratische Tradition

Die Dominikanische Republik vor Präsidentschaftswahlen

Die Dominikanische Republik ist in den vergangenen Jahren zu einem bevorzugten Urlaubsziel der Deutschen geworden; die Flugzeugkatastrophe vom 7. Februar machte das auf schmerzliche Weise bewußt. Die Bevölkerung der Insel aber kämpft mit einer Vielzahl massiver Probleme: über die Hälfte der Menschen lebt unterhalb der Armutsgrenze. Unter der fehlenden Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz leiden vor allem die unteren Schichten.

Die Geschichte der Insel, mit der Kolumbus Amerika entdeckte, ist von Gewalt und Diktatur gekennzeichnet. 1844 erlangte die Dominikanische Republik ihre Unabhängigkeit von Spanien. Danach folgten Jahre mit einer großen politischen Instabilität und rasch wechselnden Regierungen. 1916 besetzten die Vereinigten Staaten das Land für acht Jahre. Sie reformierten wesentliche Teile der Verwaltungsstruktur, des Militärs und der Gesetzgebung. Gerade im Bereich des Eigentums- und Grundbuchrechtes haben diese Reformen für die Kleinbauern bis heute negative Wirkungen. Besonders gelitten haben die Dominikaner unter der Diktatur von *Rafael Trujillo* (1930–1961), der die Bevölkerung in Angst und Schrecken hielt.

Nach der Ermordung von Trujillo gewann die Revolutionäre Dominikanische Partei mit *Juan Bosch* die Wahlen von 1962, jedoch wurde Bosch bereits nach einer siebenmonatigen Amtszeit durch einen rechtsgerichteten Militärputsch aus dem Amt entfernt. Bewaffnete Gruppen von Aufständischen versuchten vergeblich, mit Waffengewalt die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. *Joaquín Balaguer*, einer der engsten Mitarbeiter Trujillos, gewann die Wahlen von 1966 und ist seitdem einer der einflußreichsten Politiker. Er war von 1966 bis 1978 und ist seit 1986 Staatspräsident. Die letzten Wahlen fanden 1994 statt. Dabei waren die Wahlmanipulationen jedoch so offensichtlich, daß sich alle Parteien auf Neuwahlen in diesem Jahr einigten.

Systematische *Menschenrechtsverletzungen* sind in jüngster Zeit in der Dominikanischen Republik nicht zu verzeichnen. Gleichwohl kommt es immer wieder zu Beschränkungen der Freiheitsrechte. Gerade Führer von Stadtviertelvereinigungen oder Dorfgemeinschaften und Bewohner von Armenviertel erleiden oft unrechtmäßige Kurzzeitanhaftierungen. Es mangelt in dem Land an politischem Bewußtsein und Demokratieverständnis: Die fehlende demokratische Tradition führt beispielsweise zu geringen Wahlbeteiligungen (etwa 50

Prozent). Die Menschen haben sich daran gewöhnt, daß fast alle sie betreffenden Entscheidungen der Verwaltung politisch beeinflußt werden. Obwohl das Militär seit 1978 die ihm zugeschriebene verfassungsmäßige Rolle als Verteidiger der nationalen Souveränität akzeptiert, hat es dennoch großen Einfluß.

Ein Mangel an politischem Bewußtsein und Demokratieverständnis

Die wirtschaftlichen Probleme des Landes sind groß. Der Bevölkerungsanteil, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, hat sich von 47 Prozent im Jahr 1984 auf 56 Prozent im Jahr 1989 erhöht. Neuere Zahlen liegen nicht vor, diese dürften aber über den Werten von 1989 liegen, da der Mindestlohn seit 1985 nicht real gestiegen ist. Die Dominikanische Republik ist in den letzten Jahren vor allem von einer steigenden *Arbeitslosigkeit* und *Unterbeschäftigung* betroffen. Die Arbeitslosenquote beträgt 26 Prozent. Die landwirtschaftliche Produktion ist zurückgegangen, die Lebenshaltungskosten steigen konstant. Ein weiteres Problem liegt in den sinkenden Einnahmen für die traditionellen Exportgüter wie Zucker, Kaffee, Kakao und Tabak, verursacht durch sinkende Weltmarktpreise und den internationalen Protektionismus.

Nachdem die Vorgängerregierungen erfolglos die Durchsetzung von Strukturanpassungsprogrammen gegen den Willen der Bevölkerung versuchten, gelang dies Präsident Balaguer mit Unterstützung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Dies führte zu einer deutlichen Verringerung der Inflation, zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit und zu einer Begrenzung der staatlichen Ausgaben, vor allem im sozialen Bereich. Die Hoffnungen auf steigende Exporteinnahmen haben sich nicht bestätigt: Sie fielen auf die Hälfte der Importe zurück.